

„Drahtsperre ist haltbarer“

Die Schießbefehl-Konferenz nach dem Mauerbau 1961

Fünf Wochen nach dem Bau der Berliner Mauer erörterte Erich Honeckers „Zentraler Stab“ am 20. September 1961 in einer einstündigen Konferenz, wo die neue Absperrung nach Westen noch verbesserungsbedürftig sei. An der Sitzung nahmen neben Honecker unter anderem der damalige Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, Stasi-Minister Erich Mielke, die Volkspolizei-Generalmajore Fritz Eikemeier, Willi Seifert und Siegfried Weiß, ZK-Mitglied Paul Verner sowie ZK-Sicherheitsabteilungschef Walter Borning teil. Auszüge aus dem Konferenzprotokoll:

Gen. Honecker gab einleitend bekannt, daß die Sitzung aufgrund eines Beschlusses des Politbüros des ZK der SED stattfindet. Das Politbüro hat die z.Zt. noch bestehenden unzulänglichen Pioniermaßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze in Berlin kritisiert. Der Erfolg des am 13.08.1961 geführten Schlages gegen die Militaristen und Revanchisten darf nicht durch Nachlässigkeiten im Grenzsicherungssystem beeinträchtigt werden. Alle Durchbruchversuche müssen unmöglich gemacht werden. Gen. Honecker beauftragte nach einleitenden Ausführungen Gen. Generalmajor Seifert, die Lage an der Staatsgrenze in Berlin einzuschätzen.

Gen. Generalmajor Seifert berichtet wie folgt über die Lage an der Staatsgrenze in Berlin:

Zur Zeit gibt es täglich noch 5-6 Grenzdurchbrüche mit ca. 10-11 Personen. Es sind gewaltsame Grenzdurchbrüche mit Kraftfahrzeugen eingetreten.

Maßnahmen:

Es wurden Pioniermaßnahmen zur Verstärkung der Sperren eingeleitet. Die Pioniermaßnahmen wurden durch Ziehen von Gräben, Legen von Betonplatten und Betonschwellen verbessert.

Diese Maßnahmen reichen noch nicht aus. Mit Unterstützung des Magistrats des demokratischen Berlin müssen schnell weitere Sperrmaßnahmen durchge-

führt werden wie Gräben ziehen, Straßen aufreißen, Schwellen legen, Sandaufschüttungen usw.

Außerdem ist die Kanalisation zu beachten, wenn auch bisher noch keine Grenzdurchbrüche unter Ausnutzung der Kanalisation erfolgten, so gab es doch einige Versuche. Es bestehen zwar an den Eingängen Gitter, doch es besteht die Möglichkeit unter diesen hindurchzukriechen. Es wird geprüft, um eine bessere Sicherung der Kanalisationseingänge zu schaffen.

Entschiedene Maßnahmen sind zu treffen in der Bernauer, Harzer Straße u.a., wo die Grenzlinie entlang der Hausgrundstücke verläuft. Es gibt immer noch Fälle des Abseilens aus Wohnungen. Eine vollständige Räumung oder schnellere Räumung unzuverlässiger Elemente muß erfolgen.

Hinsichtlich der Mauer, so ist Gen. Seifert der Meinung, kann diese ein starkes Drahthindernis ersetzen. Drahtsperrern erfordern mehr Zeit als der Bau der Mauer. Die Mauer soll 2 m hoch gebaut werden.

Gen. Generaloberst Mielke nimmt zu den aufgeworfenen Fragen wie folgt Stellung:

Die Vorschläge für die Pioniermaßnahmen sind geeignet, man sollte jedoch auf den Bau einer Mauer entlang der sogenannten grünen Grenze verzichten. Günstig ist die Drahtsperre, sie ist haltbarer und für die Bekämpfung von Grenzdurchbrüchen geeigneter. Unsere Sicherungsmaßnahmen an der Grenze haben eine große politische Bedeutung. Gen. Mielke schlägt vor, zur schnellen Durchführung der Pionierarbeiten dem Ministerium des Innern, dem Ministerium für Nationale Verteidigung und dem Ministerium für Staatssicherheit je einen Abschnitt zuzuweisen.

Gen. Armeegeneral Hoffmann ist der Meinung, daß das Legen von Betonschwellen einen großen Verschleiß an Material darstellt und die einfachste Methode das Aufreißen von Straßen ist, was eigentlich schon in den ersten Tagen nach dem 13.08.1961 beschlossen wurde.

Das Bauen einer Mauer an der sogenannten grünen Grenze ist unzuverlässig. Drahtzaun mit Betonblöcken und Gräben ist das geeignete.

Gen. Generalmajor Weiß machte den Vorschlag, an der grünen Grenze Hunde einzusetzen.

Gen. Honecker faßt die bisherigen Ergebnisse der Beratung zusammen und ordnet an:

1. Gen. Armeegeneral Hoffmann hat sofort Spezialisten für Pionierarbeiten dem Stab des Ministeriums des Innern zur Verfügung zu stellen.

2. Gen. Generalmajor Seifert hat mit den Spezialisten die bisherigen Pläne zu überprüfen und einen exakten Plan der weiteren Pioniermaßnahmen auszuarbeiten.

Abschnitt für Abschnitt sind die erforderlichen Maßnahmen festzulegen wie

a) wo sind die erforderlichen Gräben mit der entsprechenden Tiefe und Breite zu ziehen,

b) wo sind Betonpfähle und Höcker zu errichten und wo sind Platten zu legen,



Flüchtlinge in der Bernauer Straße (1961): „Unzuverlässige Elemente“

c) wo und wie werden sichere Personenschleusen eingerichtet, die kein Durchfahren von Fahrzeugen ermöglichen und

d) wo Straßen in ihrer Länge aufgerissen werden müssen.

3. Mit der forcierten Verstärkung der pioniermäßigen Schließung der Staatsgrenze in Berlin muß damit gerechnet werden, daß verbrecherische Elemente den Versuch unternehmen, die Staatsgrenze am Westring von Berlin zu durchbrechen. Die Spezialisten sind zu beauftragen, die bisherige Planung und die errichteten Sperrn zu prüfen.

Alle Wege, die nach Westberlin führen, sind mit tiefen Gräben zu sichern. Die Drahtsperrn sind zu verstärken, und durch Panzerhindernisse ist zu gewährleisten, daß kein Fahrzeug durchbrechen kann.

4. Die Sperrzone von 100 m ist konsequent durchzusetzen. Es ist ein strenges militärisches Regime einzuführen. In diesem Gebiet sind nur die eingesetzten Kommandeure der Grenz-Brigade verantwortlich.

5. Mit den Vorständen der LPG ist festzulegen, daß in der 100 m Sperrzone nur niedrige Kulturen anzubauen sind.

6. Im Plan für die Beschleunigung der Pioniermaßnahmen ist festzulegen, in welchen Abschnitten die Kräfte der Nationalen Volksarmee für 4-5 Tage, die Kräfte des Ministeriums für Staatssicherheit und die Kräfte des Ministeriums des Innern eingesetzt werden.

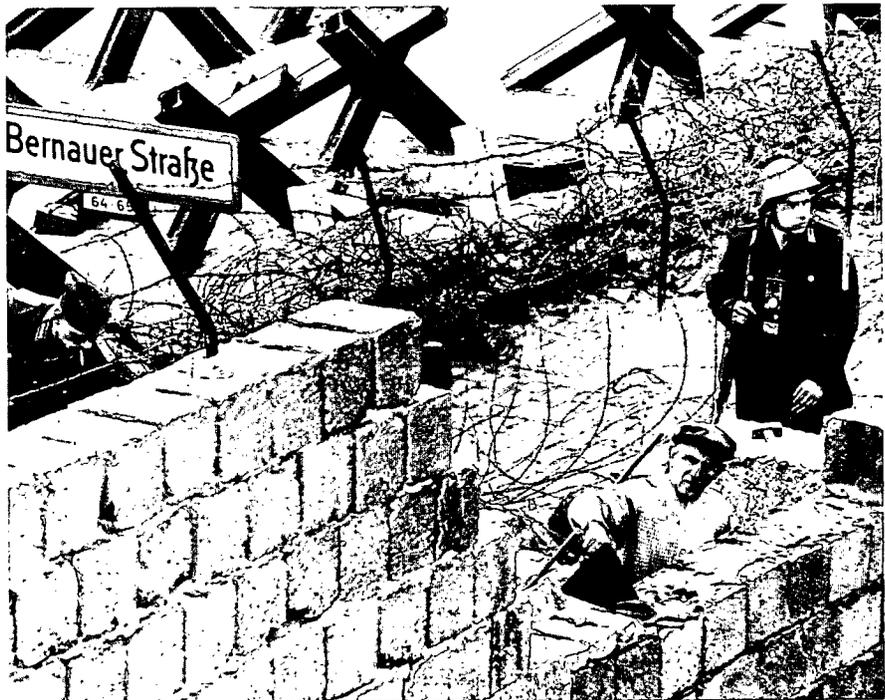
7. Gen. Generalmajor Seifert hat täglich abends (Zeitpunkt wird noch festgelegt) über den Stand der Durchführung der Pioniermaßnahmen zu berichten.

8. Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schußwaffe anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, daß Verbrecher in der 100 m Sperrzone gestellt werden können. Beobachtungs- und Schußfeld ist in der Sperrzone zu schaffen.

9. Es sind Maßnahmen einzuleiten, die zur Erhöhung der Wachsamkeit führen und das klassenmäßige Verhalten jedes Posten erhöhen und festigen. Der Einsatz von Offizierskontrollen ist zu verstärken. Die Verbindung der Offiziere zu den Soldaten ist zu verbessern. Jedem Angehörigen der bewaffneten Kräfte ist ideologisch überzeugend klarzumachen, daß er einen Kampfauftrag zur Sicherung des Friedens an der Staatsgrenze zu erfüllen hat.

10. Die Umsiedlung der Häuser in den bekannten Straßenzügen ist nach einem Plan durchzuführen. Zu beschleunigen ist die Aussiedlung feindlicher und schwankender Elemente.

11. Gen. Generalmajor Seifert hat zu prüfen, ob es zweckmäßig ist, an bestimmten Grenzabschnitten berittene Streifen einzusetzen.



Mauerbau an der Bernauer Straße: „Aufspüren, festnehmen, vernichten“

bis zur Öffnung der Mauer über die Grenze.

Über die Desertionswelle ließ sich Honecker stets detailliert unterrichten. Am 4. November 1965 etwa erreichte ihn eine SED-Hausmitteilung über einen Bericht der Welt, wonach in den ersten neun Monaten des Jahres deutlich mehr DDR-Soldaten, nämlich 122 gegenüber 94 im Vorjahr, nach Westen geflohen seien. Abteilungsleiter Borning mußte Honecker eine unangenehme Nachricht überbringen: „Wir halten es für notwendig, Dich davon zu informieren, daß die tatsächlichen Zahlen noch höher liegen – nämlich 143 (1965) zu 107 (1964).“

Die Soldaten der Grenztruppe, bis 1962 nur Freiwillige, danach auch Wehrpflichtige, mußten deshalb von den Vorgesetzten verstärkt überwacht werden. Unteroffiziere und Offiziere beobachteten die eigenen Posten argwöhnisch durchs Fernglas. Und die „Verwaltung 2000“, eine Sondereinheit der Stasi zur Kontrolle der Truppen, durchwirkte die Grenzregimenter mit einem dichtgeknüpften Spitzelnetz.

Nach der Wende berichtete zum Beispiel der Wehrpflichtige Michael Ackermann, er sei schon vor seiner Einberufung von der Stasi verpflichtet worden, die Kameraden in seiner Grenzkompanie auszuspähen. Er lieferte seine Berichte unter Tarnnamen einem Offizier der „Verwaltung 2000“ ab, bis er selber, wegen eines angeblichen Dienstvergehens, vor dem Militärstaatsanwalt erscheinen mußte: Der Spitzel Ackermann war selbst bespitzelt worden.

Auch der Beginn der Entspannungspolitik, die für viele Ostdeutsche Rei-

seerleichterungen brachte, hielt die Ost-Berliner Politbürokraten keineswegs davon ab, die Maschen des Zauns um die eigene Bevölkerung immer enger zu knüpfen. Sie brachten es sogar fertig, den Vollzug ihrer Schießbefehle zu automatisieren: mit den Splittermine SM-70, die als „Selbstschußanlagen“ in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingegangen sind.

Besonders ausgebildete Pioniereinheiten begannen 1971 entlang der Grenze, die neue Sperranlage 501 zu errichten – einen drei Meter hohen Streckmetallgitterzaun, an dem in drei verschiedenen Höhen die mit Auslösedrähten verbundenen Schußtrichter angebracht waren.

Honecker, seit mittlerweile 13 Jahren Herr über Zaun und Grenze und frischgebackener SED-Chef, spielte den Ahnungslosen. Die westdeutsche CDU, log Honecker im Oktober 1972 vor 4500 Mitgliedern der Freien Deutschen Jugend, empöre sich in „purer Heuchelei“ über „sogenannte Todesmaschinen, die es gar nicht gibt“.

Doch ungeniert erkundigte sich der Verfasser des „sogenannten Schießbefehls“ von 1961 und Installateur der „sogenannten Todesmaschinen“ später beim Chef seiner Grenztruppen, Generalleutnant Fritz Peter, „wieviel Mittel für den weiteren pioniermäßigen Ausbau noch benötigt werden und ob es möglich sei, die sogenannten ‚Todesminen‘ zu überwinden“. Peter versprach, Mängel „an der Halterung der Minen“ zu beseitigen, und errechnete, „1 km Ausbau der Staatsgrenze mit der neuen Splittermine SM-70 koste annähernd 100 000,- Mark“.

So verzeichnet es das Protokoll der Strausberger Schießbefehl-Konferenz